



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2019/00123**
Datum: 07.08.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Mark, Yana
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.08.2019	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	17.09.2019	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	25.09.2019	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
zur Schaffung von Mehrzweckbereichen in Straßenbahnen**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) zu prüfen, inwieweit in den Straßenbahnen des Typs MGT6D, MGTK und MGTK-2 weitere Mehrzweckbereiche geschaffen werden können. Mehrzweckbereiche sind ein je nach Bedarf für Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen, Fahrräder und Reisegepäck nutzbarer Fahrgastbereich in dem die Sitzgelegenheiten als Klappsitze seitlich angeordnet sind.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG), eine Beschlussvorlage inklusive Finanzierungsplan zu erarbeiten, auf deren Grundlage der Stadtrat die Umbaumaßnahmen beschließen kann.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) zu prüfen, inwieweit ein geringes, mäßiges oder großes Platzangebot für Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen, Fahrräder und Reisegepäck im Fahrplan für den Fahrgast ersichtlich gemacht werden kann und dies umsetzen.

Gez. Yana Mark
Vorsitzende der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle

Begründung:

erfolgt mündlich



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

22. August. 2019

Sitzung des Stadtrates am 28.08.2019

Antrag der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) zur Schaffung von Mehrzweckbereichen in Straßenbahnen

Vorlagen-Nr.: VII/2019/00123

TOP 9.14

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Begründung:

Im Rahmen der Ausschussberatung sollen das Anliegen des Antragsstellers präzisiert sowie die Umsetzbarkeit und die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen diskutiert werden.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister